

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**

Ortsverein Lorsch

Lorsch, 2010-02-14

## Pressemitteilung

# Schuldenverbot muss in die Landesverfassung

SPD-Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel diskutierte mit Lorschern



Wahlkampf ist auch für die Lorsch SPD angesagt. Immerhin will sie nicht nur bei der Wahl der Stadtverordneten am 27. März an Prozenten zunehmen, sie möchte auch, dass ihr Kandidat Niels Quante, links, zum Bürgermeister gewählt wird. Bei diesem Kampf unterstützte ihn jetzt auch der hessische SPD-Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel, Mitte, und die SPD-Fraktionsvorsitzende im Kreistag, Kathrin Hechler, rechts.

Von höherer Warte aus betrachtete der SPD-Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel

../2

bel die Angelegenheiten, die ihm die Lorsche Sozialdemokraten vortrugen. Dazu gehörte für ihn auch der Rastplatz-Ost und die ICE-Trasse. Das seien Infrastrukturentscheidungen, die Spannungen hervorriefen. Hier müsse Transparenz geschaffen werden. Es sei schlimm, wenn der Eindruck entstehe, dass Politik im stillen Kämmerlein ausgehandelt werde. Die SPD habe ein Gesetz eingebracht, dass Verwaltungsakte offengelegt werden müssen. Die Mediation zur Flughafenerweiterung sei dafür ein positives Beispiel. Dass sich die Landesregierung nicht an die dort gefassten Beschlüsse halte, sei bedauerlich. Bei allen Infrastrukturentscheidungen müsse es eine Abwägung geben zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialen Belangen. Bei der Parkplatzerweiterung müsse man berücksichtigen, dass es zu wenige Plätze gebe für LKW, damit die Fahrer ihre Ruhezeiten einhalten könnten. Es werde am Ende nie Lösungen geben, die allen gefallen, auch nicht bei der SPD.

Vehement verteidigte Schäfer-Gümbel den angestrebten Volksentscheid für ein Schuldenverbot ab dem Jahr 2020. Hierzu gab es eine rege Diskussion um das Für und Wider. Ein Schuldenverbot sei notwendig, da es zwar in der Verfassung stehe, aber eine Ausnahme nicht zulässig sei für die Bundesländer. Das könne in Hessen nur mit einem Volksentscheid geändert werden. Die SPD sei auch deshalb dafür, da sie gemeinsam mit den Grünen angeregt habe, auch die Frage der Einnahmeseite in die Verfassung aufzunehmen. Das Land müsse die Verantwortung haben für Einnahmen und Ausgaben und die Kommunen entlasten.

Schäfer-Gümbel hatte viele Zahlen parat. So koste die „Möwenpicksteuer“ (Entlastung der Hoteliers bei der Mehrwertsteuer) das Land 70 Millionen Euro, die Kommunen verlören aber 170 Millionen. Es sei richtig, dass die Bürger eine gewisse Grundskepsis gegenüber der Politik hätten. Öffentliche Haushalte hätten aber eine andere Funktion wie der Haushalt der „schwäbischen Hausfrau“. 2,3 Milliarden Euro gebe das Land Hessen aus zur Schuldentilgung. Das sei ein Betrag, den man einsparen könne, wenn man fünfzig Prozent aller Lehrer und Kindergärtnerinnen entlasse. Das sei kaum möglich. Es bleibe aber die Frage, wie man öffentliche Ausgaben finanziere.

Die Euro-Krise zeige, dass auch Staaten Pleite gehen könnten. Die Bundesregierung müsse deshalb jetzt wegen angezogener Kreditzinsen mehr bezahlen. Das koste pro Jahr 1,5 Milliarden Euro und zeige, dass wir immer betroffen sind, auch mit oder wegen der Rettungsschirme für Griechenland, Irland und andere Staaten. Der Schuldendienst werde sich bis Ende des Jahrzehnts in Hessen auf 50 Milliarden erhöhen. Das sei eine Verdreifachung innerhalb von 15 Jahren. Alleine deshalb müsse es eine Schuldenbremse geben.

Für Niels Quante sieht Thorsten Schäfer-Gümbel gute Chancen bei drei Kandidaten. Quante sei eine echte Alternative zu den Gegenkandidaten. Er nenne die Probleme und sei in der Lage, für eine Verbesserung der Lebensqualität zu sorgen. Um Schulden abzubauen zu können, müsse man zukünftig bei Investitionen genauer hinschauen. Den

../3

letzten ausgeglichenen Haushalt habe es in Hessen im Jahr 1968 gegeben. Auch Steuersenkungen, die angebliche für höhere Steuereinnahmen sorgten, hätten da nichts geholfen. Ein anderes Steuersystem sei notwendig. „Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache“, meinte der SPD-Landesvorsitzende. Es gelte auch, die Finanzmärkte besser zu regulieren. Schon beim Devisenhandel gehe es los. Da werde pro Tag das Vierfache der Bundesschulden umgesetzt. Schäfer-Gümbel vertrat die Ansicht, dass er ab 2014 in Regierungsverantwortung stehe und dann müsse er auch Geld haben, um in Kindergärten, Schulen und Universitäten zu investieren.

Es sei eine Schizophrenie, wenn der Bund jährlich fünf Milliarden ausgeben, für die Industrie, die Niedriglöhner beschäftigte und damit den Betrieben Konkurrenz machten, die ehrlich ihre Steuern bezahlten. Hier müsse genauso einiges geändert werden wie bei ALG II. Das sei kein Ruhmesblatt der SPD. 56 Prozent Spitzensteuer sei kein Kommunismus, wie CDU und FDP lamentierten, den habe es auch in der Ära Kohl gegeben. Die bisherige schwarz-gelbe Klientelpolitik sei falsch. Soziale Verantwortung und Solidarität müssten wieder ins Zentrum gerückt werden. Es gebe auch reiche Menschen, die ehrlich Steuern bezahlten, weil sie sich solidarisch erklärten mit dem Staat. Es müsse keine Neiddiskussion geben wegen hoher Gehälter von Spitzenmanagern. Die müssten aber in einer gewissen Relation stehen zu den Durchschnittseinkommen. Die müssten auch, entsprechend ihrem Einkommen, in die Sozialkassen einzahlen, ohne Obergrenze. Kommunen seien total unterfinanziert. Den Lorschern riet er, sich darauf zu konzentrieren, eine Korrektur der bisherigen Politik herbeizuführen.